

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 43: Kinder- und
Jugendgesundheitsbericht

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Monika Heinold:

Gesundheitsberichterstattung ist kein Selbstzweck, sondern ein Arbeitsauftrag

Mit dem vorliegenden Kinder- und Jugendgesundheitsbericht für Schleswig-Holstein liegt uns Dank der guten Grundlagenarbeit des Robert-Koch-Institutes ein umfassender und qualifizierter Zustandsbericht über die Gesundheit unserer Kinder vor. Nun ist es Aufgabe der Politik, diese umfassende Studie nicht in die Schublade zu legen, sondern die Ergebnisse auszuwerten und Konsequenzen daraus zu ziehen. Ziel muss es sein, die Gesundheitssituation von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein weiter zu verbessern.

Der Bericht zeigt auf, wo es Handlungsbedarf gibt. Weniger als die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen isst einmal pro Tag Obst, nur sieben Prozent täglich Gemüse. 20 Prozent der Mädchen zwischen 14 und 17 Jahren sind übergewichtig oder adipös, bei den Jungen sind es 15,8 Prozent. Hieraus müssen wir Konsequenzen ziehen und dafür Sorge tragen, dass Schulen und Kindergärten gesunde Mahlzeiten anbieten. Und dass auch Kinder aus armen Familien diese in Anspruch nehmen können. Dazu hat die GRÜNE Fraktion mit dem Antrag „Gesunde Ernährung an Kindertagesstätten und in Schulen“ einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt, den wir im Anschluss beraten werden.

Erschreckend ist die klare Aussage im Bericht, dass die gesundheitliche Situation von Kindern stark vom sozialen Status abhängig ist. Hiermit verfestigen sich die Erkenntnisse der PISA-Studie: gerade in Deutschland haben Kinder aus armen Familien schlechtere Startbedingungen. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir alle Kinder so fördern, dass Bildung und Gesundheit selbstverständlich sind. Auch hierzu haben wir einen Landtagsantrag vorgelegt, in dem wir vorgeschlagen, ein Landeskonzept zur Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren auszuarbeiten.

Dieses Konzept eines zentralen Anlaufpunktes im Viertel - so die Erfahrungen aus dem CDU regierten Nordrhein-Westfalen - ist gut geeignet, um Familien umfassend zu helfen.

Gut geeignet, um dazu beizutragen, dass das gesunde Aufwachsen von Kinder zu unterstützen. Es ist mir unbegreiflich, dass CDU und SPD allein die Forderung, ein Konzept für Schleswig-Holstein zu erarbeiten, im Bildungsausschuss abgelehnt haben.

In der nationalen KIGGS-Studie wird auf die hohe Anzahl von Mädchen eingegangen, welche Essstörungen haben. Im Alter zwischen 11 und 13 Jahren sind es 16,9 Prozent, mit 17 Jahren sogar 30 Prozent - eine erschreckend hohe Anzahl. Auch hier hatte meine Fraktion einen Handlungskatalog vorgelegt. Mit dem Ziel, gemeinsam mit Kooperationspartnern Maßnahmen zur Verhinderung von Essstörungen zu entwickeln und deren Behandlung und Heilung zu gewährleisten. Auch dieser Antrag wurde von CDU und SPD letzte Woche im Sozialausschuss ohne eigene Alternative abgelehnt. Obwohl Fachleute dem Sozialausschuss bestätigt haben, dass es Lücken im Hilfesystem gibt, die dringend geschlossen werden müssen.

Eine Gesundheitsberichterstattung ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Arbeitsauftrag! Angesichts der gemachten Erfahrung bin ich mehr als skeptisch, ob CDU und SPD überhaupt willens sind, Konsequenzen aus dem vorliegenden Bericht zu ziehen. Meine Fraktion plädiert für eine sorgfältige Beratung und dafür, sich über notwendige Konsequenzen Gedanken zu machen.

Im Bericht werden eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Warum konsumieren Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein mehr Medikamente als der Bundesdurchschnitt, obwohl ihr subjektives Wohlbefinden höher ist?

Warum ist die Unfallhäufigkeit von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr und an den Schulen in Schleswig-Holstein besonders hoch und was können wir dagegen tun?

Wie schaffen wir es, dass sich das Ernährungsverhalten von Kindern und Jugendlichen genauso positiv verändert wie ihre Zahnpflege? Wie können wir langfristig Essstörungen und Übergewicht verhindern?

Warum kiffen mehr schleswig-holsteinische TeenagerInnen als im Bundesdurchschnitt?

Hier bedarf es einer sorgfältigen Ursachen-Analyse im Sozialausschuss und Vorschlägen für geeignete Maßnahmen.
